

Gemeinderat - NNÖÖÖÖÖÖÖ - vom 16.10.2012

1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 1-086/12 Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH Weisungsbeschluss des Gemeinderates - Wirtschaftsplan 2013

Herr Schlereth (Geschäftsführer der Flugplatz Donaueschingen-Villingen GmbH) stellt den Wirtschaftsplan 2013 vor.

(Auf Frage von Stadtrat Vogt) Ein Drittel der neuen Halle sei an die Bundespolizei vermietet. Dieser Mietvertrag habe eine Laufzeit von zehn Jahren. Des Weiteren seien noch Drehtellerplätze für 15 Luftfahrzeuge vermietet. Diese Plätze hätten eine monatliche Kündigungsfrist. Diese Plätze seien aber sehr begehrt, so dass dank einer Warteliste kein Leerstand zu befürchten sei.

Oberbürgermeister Frei: Er danke Herrn Schlereth für seine Arbeit vor Ort am Flugplatz Donaueschingen und in der Gesellschaft. Durch Herrn Schlereth sei die Gesellschaft professionalisiert worden. Mit dem Bau der neuen Halle sei die Gesellschaft auch nicht mehr so abhängig von der Zahl der Flugbewegungen. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Herrn Schlereth danke er für die geleistete Arbeit.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 1-093/12 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 2. Oktober 2012 gefassten Beschlusses

Der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung am 2. Oktober 2012 gefasste Beschluss wird bekannt gegeben.

4) TOP 1-092/12 Amt 6 Bildung und Soziales SG 63 - Wiederbesetzung Stelle Mitarbeiter/in Sachgebiet Stadtjugendpflege

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 1-091/12 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

6) TOP 2-023/12 Mehrzweckhallen - Mietpreise

Oberbürgermeister Frei führt anhand der Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein und weist auf die von Herrn Stadtrat Blaurock gewünschte Tischvorlage hin. Es handle sich dabei um eine Aufstellung der bisherigen Nutzungen der einzelnen Hallen und einer Kostenschätzung der durch die Mietpreisänderung entstehenden Mehrkosten.

Stadtrat Blaurock: Er danke der Verwaltung für die Tischvorlage. Die Grünen-Fraktion werde den Beschlussvorschlägen zustimmen. Im Frühjahr solle sich der Gemeinderat Gedanken über die künftige Ortsteilhallengenauslastung machen. Für die Grüninger Halle sollen 1,9 Mio. € investiert werden. Disen würden aber lediglich 2.000 € Einnahmen aus der Vermietung der Halle an Privatpersonen gegenüber stehen. Es müsse versucht werden, die Auslastung der Hallen zu steigern.

Stadträtin Wesle: Die Ortsteilhallen würden nicht nur durch Veranstaltungen belegt. Sie würden täglich von Vereinen und Schulen benutzt.

Oberbürgermeister Frei: Ziel sei es, die Auslastung der Ortsteilhallen zu erhöhen und somit auch die Einnahmen. Die Anregung von Stadtrat Blaurock würde aufgenommen. Die Ortsteilhallen machen sicherlich nur in der Gesamtbetrachtung, mit der Nutzung der Schulen und Vereine, einen Sinn. In Grüningen sei die Halle zudem nicht wirklich für private oder betriebliche Veranstaltungen geeignet. Selbst der örtliche Musikverein kann aufgrund der Größe der Halle sein Jahreskonzert nicht in der Grüninger Halle ausrichten.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

7) TOP 1-087/12 Haushalt 2013 - Beratung des Entwurfs

Stadtrat Hall: Die grundsätzlichen Ziele der CDU-Fraktion für den Haushaltsplan 2013 seien Kreditaufnahmen bei Kreditinstitutionen im Kernhaushalt, ebenso Kreditaufnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2016 zu vermeiden. Das innere Darlehen an den Eigenbetrieb Abwasser solle weitestgehend erhalten bleiben. Wie in den Jahren zuvor auch, spreche sich die CDU-Fraktion für Ausgaben in den Bildungs- und Betreuungsbereichen aus. Wichtig sei auch die Steigerung der Lebensqualität in der Stadt und in den Ortsteilen. Es

sollen Investitionen getätigt werden, von denen möglichst viele Bürger profitieren. Des Weiteren sei der Erhalt der notwendigen Infrastruktur sehr wichtig. Auf Erhöhungen der Gewerbesteuer und der Grundsteuer solle verzichtet werden.

Mit dem Haushaltsplanentwurf seien viele Ziele der CDU-Fraktion schon erreicht. Dieser Haushaltsplanentwurf sei der erste, der in der mittelfristigen Finanzplanung keine Schuldenaufnahme vorsehe. Dies sei zum Einen auf die positive Entwicklung verschiedener Einnahmen zurückzuführen, aber der Haushaltsplanentwurf zeige zum anderen auch eine klare Konzentration auf die für die Zukunft wirklich wichtigen Projekte.

Die Schwerpunkte im Haushaltsjahr 2013 seien sicher die Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums, die Sanierung im Bereich der Stadtkirche und Donauquelle, die Erweiterung der Musikschule, die Erweiterung der Baugebiete in Donaueschingen, Grüningen und Pfohren, der Brückenneubau in Neudingen, die Sanierung des Siedlerstegs in Donaueschingen, die Sanierung der Schule/Rathaus in Aasen, die Breitband Infrastruktur, die Straßen- und Platzgestaltung in Aasen und Pfohren, die Modernisierung der Straßenbeleuchtung und die Familienförderung im Bereich des Wohnungsbaus.

Die Schwerpunkte in der mittelfristigen Finanzplanung 2014 bis 2016 sehe die CDU-Fraktion in der Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums, der Sanierung des Bereichs Stadtkirche und Donauquelle, der Sanierung der Rathäuser in den Ortsteilen, der Schaffung eines Generationenparks im Irmapark, der Sanierung der Mehrzweckhalle Grüningen, der Realisierung eines Kreisverkehrs bei der Feuerwehr, bei Sanierungen der Schulsporthallen, der Modernisierung der Straßenbeleuchtung und verschiedenster Straßensanierungen.

Im Verwaltungshaushalt wolle die CDU-Fraktion den Ansatz der Gebäudeunterhaltung von 983.700 € auf 700.000 € reduzieren. Das Jahr 2012 sei ein sehr investitionsreiches Jahr im Bereich der Gebäudeunterhaltung. Des Weiteren seien so viele Baumaßnahmen wie noch nie im Vermögenshaushalt geplant, so dass die CDU-Fraktion den Mitarbeitern nicht zusätzlich so viel Arbeit bei der Betreuung der Gebäudeunterhaltung zumuten möchte.

Im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung wolle die CDU-Fraktion die Sanierung des Schulhofes Pfohren wie im vergangenen Jahr geplant umsetzen, die Umsetzung des Kreisverkehrs bei der Feuerwehr in das Jahr 2014 vorziehen, einzelne Straßen in das Jahr 2017 verschieben, die Kosten für die Maßnahmen am Kirchplatz Aasen und der Geisinger Straße in Pfohren reduzieren, die Sanierung des Kindergartens/Rathaus Hubertshofen ebenfalls in das Jahr 2014 vorziehen und die energetische Sanierung des Bürgerhauses Hubertshofen überprüfen lassen.

Mit diesen Änderungsvorschlägen komme man einem weiteren wichtigen Ziel für die Haushaltsberatungen näher, nämlich dem wesentlichen Erhalt des Trägerdarlehens aus dem Eigenbetriebs Abwasser. Mit diesen Vorschlägen müssten bis zum Jahr 2016 2,8 Mio. € weniger aus dem Trägerdarlehen zurückgeführt werden.

Stadtrat Dr. Klotzbücher: Im Verwaltungshaushalt könne von Seiten des Gemeinderates nicht viel gekürzt werden, da dieser sehr gut durchgeplant sei und keine unnötigen Reserven miteingeplant worden seien. Aufgrund der inneren Verrechnung seien aber einige Ansätze nicht nachvollziehbar und unübersichtlich. Die FDP-Fraktion werde dazu sicherlich einige Fragen haben.

Aufgrund von Sanierungen seien und würden immer wieder einige Parkplätze wegfallen. Aus diesem Grund müsse sich der Gemeinderat gemeinsam mit der Verwaltung Gedanken bezüglich neuer Parkflächen machen. Die FDP-Fraktion sehe auf der Wiese zwischen dem Rathaus und Lidl Potential für einen Parkplatz.

Im Bereich der Wasserstraße seien einige Leerstände zu verzeichnen. Dies würde sich nach Meinung der FDP-Fraktion auch nicht so schnell ändern, da die Gehwege und die Straße in diesem Bereich in sehr schlechten Zustand seien. In naher Zukunft solle Abhilfe geschaffen werden.

Die Erschließung neuer Baugebiete unterstütze die FDP-Fraktion und auch die angedachte Preisdifferenzierung bei den Grundstücken. Im Gewerbegebiet solle auch eine Preisdifferenzierung der einzelnen Grundstücke eingeführt werden.

Die FDP-Fraktion stehe für Steuergerechtigkeit und daher müsse langfristig über eine Erhöhung der Grundsteuer A nachgedacht werden. Die Landwirtschaftlichen Maschinen würden immer größer und die Feldwege und auch Brücken aufgrund der höheren Belastung immer häufiger sanierungsbedürftig. Diese Sanierungen sollen vom Verursacher finanziert werden.

Stadtrat Karrer: Ziel der Haushaltsplanberatung müsse sein, dass das Trägerdarlehen aus dem Eigenbetrieb Abwasser nicht benötigt werde. Dies werde schwer da mit den großen, unumstrittenen Projekten (Sanierung Fürstenberg-Gymnasium, Sanierung Bereich Stadtkirche, Donaubrücke, Sanierung Siedlersteg, Straßenbeleuchtung, Breitband und Ankauf Grundstücke) bereits Ausgaben in Höhe von 10,8 Mio. € getätigt werden.

Es sei auch unerlässlich, dass die Verwaltung und der Gemeinderat weiterhin in die Ortsteile investiere um die Attraktivität zu erhalten. Auch die Investitionen im Bereich Familie und Kinder sollen so beibehalten werden. In Schulen und Kindergärten solle vorrangig investiert werden.

Im Baugebiet Schützenberg solle nur das 1. Quartier erschlossen werden. Damit solle erreicht werden, dass die schon erschlossenen Bauplätze im Baugebiet Bühelstraße verkauft werden. Der Erschließung der Baugebiete in Grüningen und Pfohren könne zugestimmt werden.

Weiteres Einsparungspotential sehe die SPD-Fraktion bei der Maßnahme Umbau des Bürger- und Kulturzentrums bei der zusätzlich geplanten Treppe. Diese Maßnahme solle mit einem Ansatz in Höhe von 100.000 € gedeckelt werden. Des Weiteren solle die Sanierung des Rathauses mit Schule um ein Jahr verschoben werden.

Mit diesen drei Vorschlägen würde der Vermögenshaushalt um 867.000 € entlastet.

Bei der mittelfristigen Finanzplanung solle sich der Gemeinderat auf das Jahr 2014 konzentrieren. Darüber hinaus mache es wenig Sinn, da niemand in die Zukunft sehen und sagen könne, wie sich die Finanzen in den nächsten Jahren entwickeln.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2013 setze den konsequenten Weg der Vergangenheit, keine Kredite aufzunehmen, fort. Mit diesem Rekordhaushaltsvolumen im Vermögenshaushalt würden einige Investitionen mit Impulswirkung verwirklicht. Dazu zähle die Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums, die Sanierung im Bereich der Stadtkirche und auch die Erschließung/Erweiterung der Baugebiete Schützenberg, Weidenacker in Grüningen und An der Halde in Pfohren. Die Bestandserhaltung und Bestandsicherung komme mit der Sanierung des Rathauses in Aasen, der Donaubrücke in Neudingen, der Straßenbeleuchtung und der Breitband Infrastruktur nicht zu kurz.

Durch diese vielen Maßnahmen müsste das Trägerdarlehen aus dem Eigenbetrieb Abwasser zurück geführt werden. Dies solle aber vermieden werden und daher müssten Sparmaßnahmen ergriffen werden. Zuerst solle der Ansatz in Höhe von 100.000 € für einen neuen Lehrerparkplatz an der Eichendorffschule dauerhaft gestrichen werden. Des Weiteren solle der Ansatz für die Beckensanierung im Parkschwimmbad nach hinten verschoben werden.

Auch die Sanierungsmaßnahmen am Rathaus in Aasen und die Neugestaltung der Geisinger Straße in Pföhren sollen in die Jahre 2016 und 2017 verschoben werden, da in diesen beiden Ortsteilen in der Vergangenheit enorm viel investiert worden sei. Die geplante Erneuerung des Deckenbelags des Schulhofes in Grüningen solle in das Jahr 2016 verschoben und mit dem Neubau der Halle realisiert werden. Die Sanierung des Rathauses in Allmendshofen solle vom Jahr 2017 in das Jahr 2015 vorgezogen werden. Außerdem solle ein Nutzungskonzept für das Belvedere ausgearbeitet werden. Wichtig sei auch, dass der Gemeinderat über die Folgekosten, die durch die Investitionen entstehen, informiert werde.

Stadtrat Blaurock: Der Haushaltsplanentwurf sei insgesamt sehr gut, zu 90 % könne diesem zugestimmt werden. Es sei gut, dass endlich die Landesregierung die Kinderbetreuung und die Schulsozialarbeit finanziell unterstütze.

Aus der Bürgerschaft wurde der Wunsch geäußert, dass die Stadt wieder Mitglied im weltweiten Klimabündnis Allianza del Clima werde.

Ein ebenfalls wichtiges Thema, das angegangen werden müsse, sei der Stadtbus. Ein moderner öffentlicher Personennahverkehr müsse in Donaueschingen geschaffen werden. Hierfür müsse ein Ansatz in Höhe von etwa 25.000 € eingestellt werden. Die Höhe des Ansatzes müsse überprüft werden.

Die CDU-Fraktion stelle den Antrag, den Ansatz der Gebäudeunterhaltung von 983.700 € auf 700.000 € zu reduzieren. Auf die Unterhaltungskosten, die im Verwaltungshaushalt aufgeführt seien, solle auch geachtet werden.

Oberbürgermeister Frei: Er spreche sich dafür aus, die einzelnen Unterhaltungspositionen eventuell zu kürzen und keine pauschalisierte Kürzung im Vermögenshaushalt vorzunehmen.

8) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Informationstafel an der Stadtkirche zur Sanierung der Donauquelle

Bürgermeister Kaiser: (Auf Frage von Stadträtin Schmitt) Die Informationstafel auf dem Kirchplatz sei nur eine Maßnahme eines gesamten Maßnahmenbündels, das zur Information der Bürger und Besucher während der gesamten Bauzeit genutzt werde.

Oberbürgermeister Frei: Über die anderen geplanten Maßnahmen würde der Gemeinderat zu gegebener Zeit informiert.

1) TOP 1-088/12 Leiter der Technischen Dienste - Dienstwagenregelung

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(einstimmig)

2) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Zentrale Steuerung und Finanzen – Stelle Frau Siemers

Oberbürgermeister Frei: Das Arbeitsverhältnis von Frau Siemers sei bis zum 31. Dezember 2012 befristet. Sie ist die Elternzeitvertretung für Frau van der Linden (ehemals Frau Geyer). Frau van der Linden habe sich bis heute noch nicht dazu geäußert, ob sie nach der Elternzeit wieder komme. Es sei auch nicht absehbar, dass sich Frau van der Linden demnächst entscheide. Aus diesem Grund schlage die Verwaltung vor, das Arbeitsverhältnis von Frau Siemers bis zum 30. Juni 2013 zu verlängern um ihr somit eine Perspektive zu geben. Sollte sich Frau van der Linden wider Erwarten doch dazu entschließen, wieder zu kommen, wäre die Stelle für ein halbes Jahr doppelt besetzt. Frau van der Linden sei auch anderweitig in der Verwaltung einsetzbar.

Der Gemeinderat ist mit dem Vorschlag der Verwaltung, dass Arbeitsverhältnis von Frau Siemers bis zum 30. Juni 2012 zu befristen, einverstanden.

Catering-Vertrag in den Donauhallen

Oberbürgermeister Frei: Zum 31. August 2013 könnte der Catering-Vertrag in den Donauhallen auslaufen. Die Kündigungsfrist betrage sechs Monate. Sollte nicht innerhalb dieser Frist von einem der Vertragspartner gekündigt werden, laufe dieser Vertrag weiter. In einem Gespräch mit Herrn Kummerländer wurde über die Vertragsdauer und die Vertragsverlängerung gesprochen. Sinnvoll wäre künftig eine Vertragsverlängerung um drei Jahre und eine Kündigungsfrist von 18 Monaten beidseitig. Die Stadt habe an einer solchen Regelung das gleiche Interesse wie der jetzige Caterer auch. Bei einer derzeitigen sechsmonatigen Kündigungsfrist wäre es sehr schwierig in dieser kurzen Zeit einen Nachfolger zu finden. Außerdem wolle die Stadt, dass der Caterer weiterhin in die Küche der Donauhallen investiere und sich engagiere. Dies werde er nur tun, wenn eine gewisse Planbarkeit vorhanden sei. Dies sehe er mit einer Vertragslaufzeit von drei Jahren.

Stadtrat Karrer: Dieser Wunsch komme jetzt etwas plötzlich. Er möchte nicht heute über die Vertragsänderungen entscheiden. Er nehme die Information zur Kenntnis, möchte sich Gedanken dazu machen und in einer der nächsten Sitzungen darüber entscheiden.

Oberbürgermeister Frei: In einer der nächsten Gemeinderatssitzung werde der Gemeinderat nicht öffentlich darüber entscheiden.

Mögliche Bundestagskandidatur von Herrn Oberbürgermeister Thorsten Frei

Oberbürgermeister Frei: Er selbst habe noch keine Entscheidung getroffen, ob er sich für diesen Posten nominieren lasse, da die Schlichtungsgespräche noch nicht abgeschlossen seien. Vor zwei Wochen sei auch er das erste mal öffentlich zur Bundestagskandidatur angesprochen worden.

Es gebe keine vernünftigen Argumente die Arbeit als Oberbürgermeister in Donaueschingen aufzugeben, da die Arbeit sehr viel Spaß mach. Die Situation mit dem jetzigen Angebot sei aber eine andere, da es sich nicht um eine andere Arbeit handle. Im Bundestag könne er die

Stadt und die Region mit ihren Anliegen auf anderer Stelle vertreten.

Die private Komponente spiele auch eine sehr große Rolle bei der Entscheidung.

Er könne dem Gemeinderat versichern, dass er sich im August ausschließlich mit der im September stattgefundenen Oberbürgermeisterwahl beschäftigt habe und noch nicht über eine mögliche Bundestagskandidatur nachgedacht habe. Dies könne der Gemeinderat und auch die Bevölkerung daran sehen, da er enorm viel Zeit und auch Geld in den Wahlkampf investiert habe.

Niederschrift

Datum: 0.0.2012

z. w. V.
z. K.

Der Vorsitzende

Schriftführer